

# FreiBrief aus Berlin

August 2018



THORSTEN FREI.

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

der Deutsche Bundestag hat seine Sitzungswochen für das erste Halbjahr abgeschlossen. Zugegebenermaßen waren die ersten sieben Monate im politischen Berlin mitunter turbulent: Nach der langen Regierungsbildung folgte in den letzten Wochen der überflüssige Asylstreit von CDU und CSU. In der öffentlichen Wahrnehmung sind dadurch wichtige Projekte der Großen Koalition untergegangen. Ein Wahlkampfversprechen war beispielsweise die Einführung eines Baukindergeldes. Es soll jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden leichter machen. Jede Familie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt, erhält pro Kind und Jahr 1.200 Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren. Das zu versteuernde Haushaltsjahreseinkommen darf dabei 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen. Pro weiterem Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Dies alles führt zu einer Stärkung unserer Familien in der Region.

Im Wahlkreis Dauerbrenner ist die Gäubahn. Die jüngste Absichtserklärung des Bundesverkehrsministeriums, nach der das Ministerium und die Deutsche Bahn AG nach dem Ausbau der Gäubahn auf den Einsatz der Neigezugtechnik verzichten wollen, hat für Unruhe gesorgt. In einem Brief an den Bundesverkehrsminister habe ich die Notwendigkeit des Einsatzes der modernen Neigezugtechnik begründet. Ich bleibe an diesem Thema dran!

Herzlichst

## Thorsten Frei zu politischen Gesprächen in Iran



Ob Syrien, Irak, Jemen, ob offene Drohungen gegenüber Israel oder Vorwürfe von Seiten Israels oder den USA, dass Teheran gegen die Abmachungen des als „Atom-Deal“ bekannten Nonproliferations-Abkommens verstoße, oder als jüngstes Kapitel die Festnahme eines terrorverdächtigen Diplomaten in Deutschland. Es vergeht derzeit kaum ein Tag, ohne Schlagzeilen über den Iran. Dabei wird deutlich, dass Iran im Westen, aber auch in Teilen der arabischen Welt als permanenter und aggressiver Unruheherd wahrgenommen wird. Um mir ein persönliches Bild von dem abgeschotteten Regime zu machen, befand ich mich als Iran-Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Mitte Juli in Teheran, um Gespräche mit iranischen Politikern und ausländischen Vertretern vor Ort zu führen. Im Schwerpunkt ging es in meinen Gesprächen um Fragen der Sicherheitspolitik, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für deutsche und europäische Unternehmen, die Zukunft des Atomabkommens und die Menschenrechte im Iran. Das von der deutschen Botschaft organisierte Programm führte mich unter anderem in die Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer sowie zu iranischen Händlern, die mit Deutschland Geschäfte betreiben. Ebenso besuchte ich auch das iranische Außenministerium sowie das Parlament der Islamischen Republik, wo ich den Vorsitzenden des Ausschusses für Nationale Sicherheit und Außenpolitik und auch den Vorsitzenden der Deutsch-Iranischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe traf. Weitere Anlaufpunkte waren etwa die Evangelische Gemeinde Deutscher Sprache in Iran, die Botschaft des Heiligen Stuhls in der Islamischen Republik Iran, das Deutsche Spracheninstitut Teheran sowie mehrere Gespräche

mit Nichtregierungsorganisationen zur Flüchtlingsproblematik im Land. Darüber hinaus traf ich mich mit Vertretern der Zivilgesellschaft, mit Journalisten und Schriftstellern. Insgesamt also ein sehr vielseitiges und buntes Programm, das einen guten ersten Eindruck ermöglichte. Was bleibt? Der Iran ist für mich ein äußerst schwer zu durchschauender und auch zwiespältiger Akteur. Die Gesellschaft ist gerade im regionalen Vergleich sehr gut entwickelt und in Teilen sehr westlich orientiert und modern. Andererseits werden die Geschicke des Landes durch einen kleinen Zirkel geistlicher Führer autoritär gelenkt, so dass der Islam bisweilen extrem streng das Leben der Menschen bestimmt. Klar ist aber auch, dass derzeit kein Weg an Iran vorbeiführt, wenn es um eine friedliche und stabile Zukunft im Nahen Osten geht. Deshalb ist es aus deutscher Sicht wichtig, im Gespräch zu bleiben, gemeinsame Interessen, aber auch rote Linien auszuloten und so mögliche Kompromisse zu finden. Wichtig ist, dass der Iran sein Atomwaffen- und Raketennprogramm unter internationale Kontrolle stellt. Das Existenzrecht Israels kann dabei aber nie zur Debatte stehen. Das gilt insofern dann auch für eine permanente iranische Militärpräsenz in einer syrischen Nachkriegsordnung.

## Königsfelder Zinzendorfschüler und Bickebergschüler aus Villingen-Schwenningen schnuppern bundespolitische Luft im Bundestag



Im Rahmen zweier Abschlussfahrten habe ich kurz vor der Sommerpause 26 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 und 10 der Königsfelder Zinzendorfschulen sowie die neunten Klassen der Villingen Bickebergschule zu einem Gespräch sowie einer kurzen Führung durch den Plenarsaal und auf die Kuppel in den Bundestag eingeladen. Zunächst stand ich den Schülern und ihren Klassenlehrern jeweils Rede und Antwort zu meiner Arbeit im Parlament. Im lockeren Gespräch erläuterte ich meinen Gästen den Ablauf einer typischen Sitzungswoche in Berlin, bevor ich unzählige politische und auch private Fragen beantwortete. Diese Diskussions- und Fragerunden drehten sich bei beiden Gruppen beispielsweise darum, wie

ich in die Politik eingestiegen bin, um negative Auswirkungen des Politikerberufs auf das Familienleben, um meine persönlichen Berührungspunkte mit der Bundeskanzlerin, um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere Gesellschaft und meine Erwartungen in Bezug auf die Rentenentwicklung. Neben dem Abstecher in den Bundestag standen für die Gäste aus dem Wahlkreis weiterhin beispielsweise ein Besuch auf dem Fernsehturm, der Besuch des Holocaust-Mahnmals sowie der Ausstellungen „Topographie des Terrors“ oder „Story of Berlin“, Stadtrundfahrten mit dem Bus oder auch eine individuelle Führung entlang der Berliner Mauer auf dem abwechslungsreichen Programm.

### **Geschäftsstellenleiter badischer Finanzämter besuchen Thorsten Frei bei der Haushaltswoche**



Auf Einladung des Hüfinger CDU-Vorsitzenden und ehemaligen Geschäftsstellenleiters des Donaueschinger Finanzamtes, Peter Müller, befanden sich im Rahmen der letzten Sitzungswoche des Bundestags vor der Sommerpause 17 seiner Pendanten von Finanzämtern aus ganz Baden in Berlin, um die berufliche Verbindung auch abseits der Arbeit zu stärken. Passenderweise war diese eine Haushaltswoche. Ein Teil des bunten Programms führte die Gruppe in den Deutschen Bundestag, wo ich für ein persönliches Gespräch zur Verfügung stand. Auf die abschließenden Haushaltsberatungen nahm ich gleich zu Beginn des Gesprächs Bezug. Ich unterstrich, dass es ganz wesentlich für mich ist, dass die unionsgeführte Bundesregierung seit 2014 das fünfte Mal in Folge einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden aufgestellt hat. Dem Hinweis aus der Gruppe, dass dies aufgrund von Rekordsteuereinnahmen gar nicht so schwierig sei, entgegnete ich mit der Tatsache, dass es in den mehr als 40 Schuldenjahren zuvor auch das ein oder andere

konjunkturelle Hoch gab und trotzdem neue Schulden aufgetürmt wurden. In diesem Zusammenhang betonte ich außerdem, dass Deutschlands Entscheidung zur Einführung einer grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse und der seitdem vollzogene Prozess der gesamtstaatlichen Entschuldung in der Welt einmalig sind. Die Schuldenquote ist seit 2010 von über 80 % des BIP auf erwartete 58 % des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr gesunken. Kein mit Deutschland vergleichbares Land hat Schulden in dem Maße abgebaut, schon gar nicht in den G7 oder G20. Der Asylstreit in der Union und die Rolle von Bundesinnenminister Seehofer dabei wurden in der folgenden Diskussion genauso intensiv erörtert wie der Politikstil von Donald Trump und die damit verbundene fehlende Berechenbarkeit im transatlantischen Verhältnis. Den Abschluss markierte für die Gäste aus der Finanzverwaltung ein Rundgang durch den Bundestag, der ihnen einen tieferen Einblick in die Arbeitsweise des Parlaments eröffnete.

### **Grillfest mit Donaueschinger CDU-Freunden**



„Wir haben uns in letzter Zeit nicht attraktiv für unsere Mitglieder und Wählerschaft präsentiert“, sagte ich beim traditionellen Grillfest des CDU-Stadtverbands Donaueschingen an der Grillhütte in Pfohren selbstkritisch. Denn möglicherweise haben wir uns in der Union in der Vergangenheit zu wenig über Themen gestritten, zu wenig aufgearbeitet. Entscheidend ist aber, wie man streitet und miteinander umgeht. Und da waren wir kein Vorbild an politischer Streitkultur. Generell sprach ich von einer guten Situation fürs Land. Kritischer ging der Blick in die Welt mit vielen Flüchtlingen, Krisenherde in Nahost oder auch den drohenden Handelskrieg durch kontraproduktive Schutzzölle.

## Nicht alles bunt für Griwecolor



Griwecolor ist zwar ein kleines Unternehmen, aber 21 Jahre nach der Firmengründung mit einer Reihe von findigen Produkten auf vielen Märkten der Welt erfolgreich unterwegs. Damit der Dögginger Betrieb mit derzeit 14 Beschäftigten weiter wachsen kann, müssen auch die politischen Parameter stimmen. Darüber unterhielten sich die beiden Firmengründer Franz Wehinger und Jörg Grieshaber, der in die Geschäftsleitung nachgerückte Sven Wehinger sowie Jörg Grieshabers Tochter Diana Licht mit mir bei einem Firmenbesuch. Trotz guter Auftragslage blickt das international agierende Unternehmen auch sorgenvoll auf politische Entwicklungen in der Welt. Vor allem die US-Zoll-Politik, die international nicht ohne Reaktionen blieb, wird der globalen Wirtschaft schaden, waren wir uns einig.

## Thorsten Frei dankt der MIT Schwarzwald-Baar



In meinem Beisein hat sich die Mittelstandsvereinigung MIT Schwarzwald-Baar in ihrer Versammlung beim Baustoffgroßhändler Jäckle & Flaig in Niereschach neu aufgestellt. Vorsitzender bleibt der Bad Dürrheimer Unternehmer Rainer Christel. Als Wahlleiter hatte ich wenig Mühe. Neben Christel wurden Horst Hall (Vizevorsitzender) und Thomas Schmitt (Kasse) im Amt bestätigt. Lediglich der Schriftführer-Posten war neu zu besetzen. Dietmar März übernimmt die damit verbundenen Aufgaben. Es gelang

sogar, den Vorstand mit neuen Beisitzern zu erweitern. Ich danke der MIT für die unterstützende Parteiarbeit im Wahlkreis. Für mich bleibt die MIT das politische Rückgrat unserer Region, nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft.

## „Jetzt red i“ in Niereschach



Das junge Diskussions-Format „Jetzt red i“ wurde vom Niereschacher CDU-Verband im Juli mit über 30 Teilnehmern unter Beteiligung von Karl Rombach MdL, Bürgermeister Martin Ragg und mir fortgesetzt. Trotz gut laufender Konjunktur mit Rekordbeschäftigung sind nicht alle zufrieden. Im Fokus stand unter anderem die Landesbauordnung mit ständig neuen Forderungen, die das Bauen unnötig teurer machen würden. Immerhin hat sich die Koalition im Land auf Druck der Union zwischenzeitlich über einige Erleichterungen einigen können. Weitere Themen war das Apothekensterben, der Ärzte- und Fachkräftemangel und die damit verbundene und aus meiner Sicht notwendige Zuwanderungspolitik sowie die notwendigen Investitionen in die weitere Digitalisierung, um international nicht abgehängt zu werden.

## Bei 470 Jugendlichen im Kreisfeuerwehrcamp



Als ganz starkes Zeichen wertete ich am Wochenende die Präsenz von 470 Jugendlichen aus den Jugendfeuerwehren des Landkreises, die sich zu ihrem jährlichen Zeltcamp getroffen haben. Ein starkes Zeichen

deshalb, weil aus den 18 Jugendfeuerwehren im Schwarzwald-Baar-Kreis mit rund 600 Jugendlichen - darunter übrigens rund 80 Mädchen - nur wenige fehlten und diese nicht irgendeinem Verein beigetreten sind, sondern einer wichtigen Institution in der Gesellschaft, die für ein hohes Maß an Sicherheit steht.

### Unions-Streit und Flüchtlingspolitik



Vor allem die Migrationspolitik und der damit verbundene Streit in der Union standen im Mittelpunkt der Diskussion beim Donaueschinger CDU-Stadtverband, zu der mich der Vorsitzende Martin Lienhard eingeladen hatte. „Auf den Streit hätte ich allerdings gut verzichten können“, erwiderte ich. „Mir machen aber die generellen Entwicklungen in der Welt größere Sorgen. Deutschland ist dagegen der Hort der Stabilität“, unterstrich ich in der Diskussion mit Blick auf die florierende Wirtschaft. Diese erfordert meiner Ansicht nach angesichts der vielen offenen Stelle eine kontrollierte Migration in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme. Grundsätzlich muss meiner Meinung nach mehr Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe in den afrikanischen Ländern geleistet werden. Aber nur eine deutliche Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens kann helfen, denn schon heute kommen nur jene, die sich die Schleuser leisten können.

### Traditionsbesuch beim CDU-Seniorenachmittag



Seit vielen Jahren lädt der CDU-Stadtverband seine Senioren zum informativen Kaffeenachmittag ins Marienhaus ein, den Stadtverbandschef Martin Lienhard

und CDU-Stadträtin Irmtraud Wesle organisiert hatten. Und traditionell durfte ich in dieser gemütlichen Runde über die neuesten Entwicklungen in der Politik informieren. Der beigelegte Streit innerhalb der Union war ebenso Thema wie der zusätzliche Rentenpunkt für Mütter mit drei und mehr Kindern, der soziale Wohnungsbau, der Schuldenabbau, Milliardeninvestitionen oder der Plan für eine erhöhte Eigentumsquote über das neue Baukindergeld. Generell sagte ich aber auch, dass es uns Deutschen so gut wie selten zuvor geht und dass dies auch das Ergebnis langjähriger Regierungsarbeit unter Beteiligung der Union ist.

### Sozialer Wohnungsbau bleibt wichtig



Die Prognosen für den Landkreis in der alternden Gesellschaft Deutschlands waren vor wenigen Jahren noch ernüchternd. „Ein Meinungsforschungsinstitut hat vor zehn Jahren ein düsteres Bild für den Schwarzwald-Baar-Kreis gezeichnet. Danach hatte man das Gefühl, dass hier bald die Lichter ausgehen würden. Tatsächlich haben die Kommunen der Baar eine unheimliche Dynamik entwickelt“, sagte ich beim Gespräch mit Rainer Müldner, Geschäftsführer der Wohnbaugesellschaft Villingen-Schwenningen (wbg), das auf Einladung des CDA-Kreisvorsitzenden Gottfried Schmidt zustande gekommen war. Und in der Doppelstadt ist die Entwicklung noch rasanter bei inzwischen 85 000 Einwohnern. Wohnraum wird dadurch knapp, die Mieten gehen nach oben. Ich machte deshalb deutlich, dass die Bundesregierung - entgegen der Planung - 2019 nicht aus dem sozialen Wohnbau auszusteigen und diesen den Ländern überlassen wird, sondern zusätzliche zwei Milliarden in den Jahren 2020 und 2021 investiert. So sollen bis dahin 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Über den Anreiz „Baukindergeld“ - bei drei Kindern immerhin 36 000 Euro in zehn Jahren - soll die schwache Eigentumsquote im Land deutlich erhöht werden. Parallel muss das Bauen natürlich erschwinglich bleiben und nicht durch immer neue Bauvorschriften ständig

noch teurer werden. Als Vorzeigemodell für günstigen Wohnraum besichtigten wir anschließend das preisgekrönte wbg-Projekt Neckarfair.

### Abschied eines exzellenten Seelsorgers



Offiziell verabschiedet wurde Pfarrer Walter Eckert nach 18 Jahren exzellenter Seelsorgearbeit in Bräunlingen und Döggingen mit einem Festgottesdienst und einer Feier in der Stadthalle. Mit 70 Jahren geht ein Freund nicht nur in den Ruhestand, sondern auch zurück in seine Heimat bei Tauberbischofsheim. Mit seiner gewinnenden Art passte er zu dieser Stadt wie kein zweiter. Er hat in einer ohnehin sehr vitalen Gemeinde viel bewegt und mit der Stadtkirchensanierung und der Fusion mit der Gemeinde Hüfingen große Projekte begleitet.

### Agrargespräch mit BLHV



Große Unsicherheit herrscht durch den bevorstehenden Brexit bei den Landwirten, denn Milliarden werden fehlen. Außerdem soll die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) modernisiert und vereinfacht werden. Zusammen mit dem Europaabgeordneten Andreas Schwab, BLHV-Vertretern und Vertreterinnen des Landfrauenbezirks war ich zu Gast bei Landwirt Reinhold Moßbrugger, um diese und andere Themen zu besprechen. Wir waren uns schnell einig, dass bei der Neuordnung kleinere Betriebe mit bis zu 50 Hektar

bevorzugt werden müssen, da es in der heutigen Landwirtschaft neben der Produktion von Lebensmitteln auch um den Erhalt und die Pflege unserer schönen Kulturlandschaft geht. Ohne Einschnitte wird es durch den Ausstieg von Großbritannien aber wohl nicht gehen. Als inzwischen sehr übertrieben findet die Runde die immer weiter ausufernden Forderungen und Vorschriften etwa in Bezug auf Düngung und Naturschutz. Es ist schon bedenklich, dass auch in unserer Region über Überdüngung geredet wird, obwohl alle gemessenen Nitratwerte in Quellen deutlich unter dem Grenzwert liegen.

### Kein Verzicht auf Neigezugtechnik

Überrascht hat mich, wie viele in der Region, der Inhalt eines Briefs, nach dem sowohl die Deutsche Bahn AG als auch Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer nach dem zweigleisigen Ausbau der Gäubahn auf die Neigetechnikzüge verzichten wollen. In einem Schreiben an Minister Scheuer habe ich deutlich gemacht, dass die mittelstandstarke Region diese Technik erwartet, um die Strecke Zürich-Stuttgart leistungsfähiger zu machen. Mögliche Pläne über die Abkehr von der Neigetechnik widersprechen allen Planungen. Und außerdem würden sie alle Absprachen mit der Schweizer Seite beiseite wischen und die Verlässlichkeit Deutschlands gegenüber unseren Schweizer Partnern in Frage stellen. Auch in meiner Funktion als Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe ist mir daran gelegen, dass das Ministerium und die Bahn zu den bisherigen Planungen stehen und am Einsatz der Neigetechnik auf der Gäubahn festhalten, auch wenn die Betriebskosten etwas höher liegen sollten.

### Mitmachen beim Deutschen Kita-Preis



Frühkindliche Entwicklung ist für mich sehr wichtig, denn wir wissen, dass der benachteiligte Dreijährige

schon im Kindergarten in Verzug ist, erst recht mit sechs in der Grundschule. Deshalb unterstütze ich gerne die neue Runde im Deutschen Kita-Preis, für die sich jetzt alle Kitas und Initiativen in der Region bis zum 31. August bewerben können. Der Preis, der in diesem Jahr unter dem Motto „Qualität hat viele Gesichter“ steht, wird vom Bundesfamilienministerium in Zusammenarbeit mit Stiftungen und anderen Einrichtungen ausgeschrieben. Sie wollen beispielhaftes Engagement von lokalen Bündnissen für gute frühe Bildung würdigen. Mitmachen lohnt sich, denn der Preis ist mit insgesamt 130 000 Euro dotiert. Zehn Gewinner werden im Mai 2019 ausgezeichnet. Je 25 000 Euro gehen an die Sieger, die „Kita des Jahres“ und an das „Lokale Bündnis für frühe Bildung des Jahres“. Je 10 000 Euro gehen an die vier Zweitplatzierten jeder Kategorie. Info und Anmeldung: [www.deutscher-kita-preis.de](http://www.deutscher-kita-preis.de).

### Neues Familienportal bündelt Angebote



Der Bund unterstützt Familien auf vielfältige Weise, aber oft sind diese Angebote vielfach nicht bekannt. Deshalb begrüße ich die Einrichtung des neuen zentralen Familienportals des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das jetzt online ist. Unter [www.familienportal.de](http://www.familienportal.de) finden Familien hier zuverlässig alle wichtigen Informationen zu staatlichen Leistungen, die sie in ihrem Alltag unterstützen. Finanzielle Leistungen wie Elterngeld oder Kindergeld, aber auch Regelungen wie Elternzeit oder Mutterschutz werden vom Familienportal thematisiert. Neu ist, dass sich das Familienportal an den unterschiedlichen Lebenslagen von Familien, so zum Bei-

spiel „Kinder und Jugendliche“ oder „Familie und Beruf“, orientiert und so aufgebaut ist, dass Nutzerinnen und Nutzer die gewünschte Information mit nur wenigen Klicks finden. Dadurch gelangen sie schneller zu passgenauen Informationen. So hilft das Familienportal auch, wenn noch gar nicht klar ist, welche Leistungen überhaupt in Frage kommen. Schön ist auch, dass die teils komplexen Sachverhalte leicht verständlich erklärt sind.

### Nächste Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde am 09. August 2018



Meine nächste **Bürgersprechstunde** findet am 09. August 2018 ab 15.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Um Wartezeiten zu vermeiden, bitte ich um vorherige telefonische Anmeldung.

Anschließend findet ab 17.30 Uhr eine weitere **Online-Sprechstunde bei Facebook** statt. Ich freue mich auf Sie.



#### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)  
Internet: [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)  
facebook: ThorstenFreiCDU  
YouTube-Kanal: Thorsten Frei